
René Rock

MILLIONENVERLUSTE BEI WINDKRAFTPROJEKTEN

09.12.2015

- **Kommunale Investoren verklagen JUWI**
- **Windkraftindustrie agiert mit unrealistischen Versprechungen**
- **Windkraftanlagen sind hochspekulative Geschäfte mit enormen Risiken für öffentlichen Haushalte**

WIESBADEN – Erneut machen Windkraftprojekte negative Schlagzeilen. Im Fokus steht der „Windkraftpionier“ JUWI, der auch in Hessen zu den größten Projektentwicklern gehört. Mit den Pfalzwerken und den Stadtwerken Mainz klagen nun zwei große kommunale Energieversorger gegen JUWI, weil versprochene Windprognosen dauerhaft nicht erreicht wurden und damit auch die Renditen weit unter Plan liegen. Statt Gewinnen steht nach mehr als zehn Jahren Betrieb ein zweistelliger Millionenverlust in den Büchern des Gemeinschaftsunternehmens „Pfalzwind GmbH“. Pfalzwind betreibt insgesamt mehr als 60 Windkraftanlagen.

„Die gleiche Masche sehen wir auch in Hessen. Überall werden Kommunen, Versorger und Energiegenossenschaften mit der Aussicht auf satte Gewinne in Windkraftgeschäfte gelockt. Am Ende stehen aber meistens Verluste, für die die Bürger aufkommen müssen. Sie haben damit nicht nur den Schaden an Natur und Landschaft, sondern auch noch ein finanzielles Desaster vor Ort.“, so René ROCK, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Rock weiter:

„Die Klage der kommunalen Versorger zeigt einmal mehr, dass die Versprechungen der Windkraftindustrie unrealistisch sind. Aufgrund sinkender Einspeisevergütungen

verschlechtern sich die wirtschaftlichen Aussichten zusätzlich. Auch große hessische Versorger, wie die Mainova AG aus Frankfurt, fahren mit Beteiligungen an Windkraftanlagen Verluste ein.

Gegenwärtig sind allein in Hessen 470 Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren. Statt blindlings den Versprechungen der Projektentwickler zu vertrauen, sollten alle geplanten Windkraftprojekte mit kommunaler Beteiligung aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft gestoppt werden. Windkraftanlagen sind in Wahrheit hochspekulative Geschäfte mit enormen Risiken für die öffentlichen Haushalte.“